

## Öffentliche Sitzung

Protokoll Nr.:	6/2019
Sitzung:	Gemeinderat
Datum:	21.05.2019
Zeit:	19:00 Uhr – 23:00 Uhr
Ort:	Sitzungssaal im Rathaus
Vorsitz:	Bürgermeister Volk
Mitglieder anwesend:	<b><u>FW</u></b> Stadträtin Stephanie Streib, Stadträte Fritsch, KH Streib, Dr. Rothe und Wachert <b><u>CDU</u></b> Stadträtinnen Harant, von Reumont, Stadträte Ch. Rupp und K. Rupp, <b><u>SPD</u></b> Stadträtin Betke-Hermann, Stadträte Bergsträsser, Berroth, Hertel, Keller und Schimpf <b><u>Grüne</u></b> Stadträtinnen Groesser, Stadträte Katzenstein (ab 19:22 Uhr), Schmitz und Schwenk
weiter anwesend:	Ortsvorsteher Hoffmann (Dilsberg); Herren Markus Hasch und Christian Stumpf (beide Forplan Dr. Schmiedel GmbH, Bonn, zu TOP 2), Herr Weinmann (FB 4), Herr Seiz (FB 6) und Herr Keilhauer (Leiter Stadtgärtnerei)
Mitglieder entschuldigt:	Stadträtinnen Kaltschmidt, Oppelt und Seidelmann, Stadträte Holschuh und Rehberger
Urkundspersonen:	Stadträte KH Streib und Schmitz
Sachvortrag:	Herr Hasch (zu TOP 2), Herr Seiz (zu TOPs 3, 5,8), Herr Keilhauer (zu TOP 4)
Schriftführerin:	Frau Polte

## **Bürgerfragestunde**

Ein Dilsberger Bürger erinnert an einen im Herbst 2017 getroffenen Gemeinderats-Beschluss, die Fahrgeschwindigkeit zwischen Dilsbergerhof und Blumenstrich Einfahrt solle auf 70 km/h reduziert werden. Kurz darauf habe Landrat Dallinger mitgeteilt, dies würde der Kreis nicht genehmigen. Was habe die Stadt daraufhin unternommen?

Der Bürgermeister antwortet, die bezeichnete Strecke liege auf einer Kreisstraße. Hier dürfe die Stadt, so die Rechtslage, kein Tempolimit anordnen, sondern könne nur dafür sorgen, dass die Thematik auf die Tagesordnung der nächsten Verkehrstagfahrt des Straßenverkehrsamtes gesetzt wird. Mit dieser Antwort ist der Bürger nicht einverstanden. Eine Gemeinde könne seines Erachtens auch gegen solche Entscheidungen vorgehen.

Der gleiche Bürger spricht weiterhin den Radweg Wiesenbach-Langenzell an. Hier habe er 4 Salamander und mehrere Frösche beobachtet. Er trägt vor, parallel zu der gedachten Radwegstrecke existiere ein weiterer Weg, der für den Schwerlastverkehr (Holztransporte) angelegt worden sei – dieser sei besser als Trasse geeignet.

Der Bürgermeister erinnert daran, dass nur Neckargemünder Angelegenheiten Themen der Bürgerfragestunde sein können.

Der Dilsberger Bürger erinnert in der Folge daran, er habe 2011 eine Petition für die K 4200 veranlasst. Er moniert, 14 Tage vor Bekanntgabe sei mitgeteilt worden, dass es eine Ortsbegehung geben solle; diese sei dann aber kurzfristig abgesagt worden. Er habe nun vor, in der Angelegenheit vor das Verwaltungsgericht zu ziehen.

Der Bürgermeister antwortet, er könne zu dem Sachverhalt nichts sagen, zu der damaligen Zeit sei er nicht im Amt gewesen.

### 1: **Vorlage und Kenntnisnahme des Protokolls Nr. 5/2019 vom 30.04.2019**

#### 1.1: **Sachvortrag:**

Das Protokoll liegt den Gemeinderäten im Wortlaut vor.

#### 1.2: **Beratung:**

Stadtrat Schmitz bittet auf S. 2 (Bürgerfragestunde) um die Ergänzung: „Er erinnerte daran, dass an der Stelle eine Straßenmarkierung vorhanden gewesen sei und wünscht, diese würde wieder angebracht. Der Bürgermeister sagt Prüfung zu.“

Stadtrat Schmitz korrigiert weiterhin den ersten und zweiten Satz seiner Aussage auf S. 6 unten: „Er (Stadtrat Schmitz) hält es für eine gute Lösung, bei den Dämm-Materialien auf Polystyrol zu verzichten. Auch für den Perimeterbereich gebe es hierzu gute Alternativen.“

#### 1.3: **Beschluss:**

Das Protokoll wird von Stadtrat Schimpf unterzeichnet und vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen. Die Unterschrift der für die heutige Sitzung entschuldigten Urkundsperson, Stadtrat Rehberger, ist noch einzuholen.

## 2: Feuerwehr - Bedarfsplan

### 2.1: Sachvortrag:

Die Vorlage des FB4 – Bürgerdienste, Ordnung, Sicherheit ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt. Der Bürgermeister betont, der Feuerwehr-Bedarfsplan müsse in der heutigen Sitzung verabschiedet werden, denn das Vorhandensein eines aktuellen Bedarfsplans sei Voraussetzung, dass die Stadt Zuschüsse nach ZFeu erhalten kann. Er verweist auf die beiden Vorbesprechungen des Plans. Mit dem ersten Feuerwehrbedarfsplan habe man bereits gute Erfahrungen gemacht, dieser sei eine hervorragende Leitlinie gewesen.

Anschließend stellt Herr Hasch den Entwurf des Feuerwehrbedarfsplans anhand einer Präsentation vor, die dem Protokoll als Anlage beigelegt wird. Im Verlauf dieser Ausführungen kommt Stadtrat Katzenstein um 19:22 Uhr zur Sitzung.

Herr Hasch betont, für eine Freiwillige Feuerwehr sei insbesondere die Abteilung Neckargemünd sehr stark belastet, mit einer Einsatzzahl am oberen Ende dessen, was eine ehrenamtliche Feuerwehr erbringen kann. Die Anzahl der Mitglieder in den Abteilungen in den Ortsteilen (rund 25) seien die Mindestgröße für eine funktionierende Abteilung. Wichtig sei daher, die Ehrenamtlichen zu halten, zu werben und größtmöglich zu unterstützen. Eine zentrale Qualifikation für die Feuerwehrangehörigen sei die Eigenschaft als Atemgeräteträger. Zur Entlastung denkbar sei ein höherer Stellenanteil für den Sachbearbeiter Feuerwehrwesen oder die Einstellung eines hauptamtlichen Feuerwehrkommandanten, um die Aktiven von der Verwaltungsarbeit zu entlasten (Vergleich mit dem alten Feuerwehrbedarfsplan: damals sei es wichtig gewesen, einen hauptamtlichen Gerätewart einzusetzen).

Die Infrastruktur der Feuerwehr, bestehend aus Gebäuden und Fahrzeugen, sei nicht ausreichend. Insbesondere müsse das Feuerwehrhaus Neckargemünd erweitert werden (geraten: Konzepterstellung im nächsten Jahr, wie man hier die Defizite beheben könnte). Drängendstes Problem sei das Feuerwehrhaus Dilsberg. Ähnlich schlecht ausgestattet seien auch die Feuerwehrhäuser Mückenloch und Waldhilsbach. Auch hier seien An- und Umbauten nötig. Dies alles im Interesse dessen, dass die Feuerwehr im Einsatzfall schnell beim Bürger sein, andererseits die Einsatzkräfte auch sicher arbeiten sollten. Der damalige massive Investitionsstau bei den Fahrzeugen sei mit der Umsetzung des letzten Bedarfsplans abgearbeitet worden. Nun gelte es, den Fuhrpark kontinuierlich auf einem guten Stand zu halten – hierfür seien auch Ersatzbeschaffungen nötig. Insgesamt könnten die Schutzziele nur durch das Zusammenwirken aller Abteilungen erfüllt werden.

Der Bürgermeister, wie auch im Anschluss die Sprecher aller Fraktionen, dankt den Feuerwehrkräften der Gesamtwehr Neckargemünd. In den letzten Jahrzehnten sei ein großer Fortschritt insofern erzielt worden, als dass die Zusammenarbeit untereinander hervorragend sei. Eine enorme Leistung werde ehrenamtlich erbracht. Ebenfalls von allen Rednern gelobt wird die Jugendarbeit der Feuerwehr, die in den letzten Jahren aufgebaut worden sei. Aller Respekt gilt den hohen Einsatzzahlen. Kritik, die in Leserbriefen der RNZ angeklungen sei, - die Feuerwehr handle aus Eigennutz und

wolle im neuen Feuerwehrhaus „nur Party machen“ weist der Bürgermeister schroff zurück.

Herr Weinmann ergänzt, im neuen Bedarfsplan sei bei den Baumaßnahmen noch die Erweiterung des Feuerwehrhauses Neckargemünd als eigenes Bauprojekt aufzunehmen.

#### 2.1: **Beratung:**

Stadtrat Wachert spricht an, welche Themen in der Diskussion der Freie Wähler eine Rolle gespielt haben. Insbesondere die Frage eines hauptamtlichen Kommandanten sei zu klären, sowie die eines weiteren Gerätewarts. Etwas schieben könne man wohl die Ersatzbeschaffung für den Opel Astra. Wichtig sei, das älteste Fahrzeug mit 33 Jahren zu ersetzen, im Interesse der Sicherheit für die Feuerwehreinsatzkräfte. Für einen neuen Leiterwagen habe man eigentlich kein Geld, wisse aber, dass man ihn dennoch beschaffen müsse.

Der Bürgermeister antwortet, zwei hauptamtliche Gerätewarte seien gut für die Unterhaltung der Ausrüstung und sparen letztendlich Geld. Hinsichtlich der Entscheidung für einen hauptamtlichen Kommandanten sei noch nichts festgeschrieben, aber das Thema werde den Gemeinderat beschäftigen, evtl. auch in Form eines prozentualen Stellenanteils.

Stadtrat Katzenstein fragt nach einer Erklärung für die in den letzten Jahren enorm gestiegenen Einsatzzahlen.

Herr Weinmann antwortet, dies liege an deutlich mehr Unwetterlagen wie Starkregen, Sturm, Hochwasser. Der Bürgermeister ergänzt, ihm erscheine es manchmal so, als ob die Feuerwehr als „billige Lösung“ auch in solchen Fällen gerufen werde, in denen man private Betriebe beauftragen könne. Auch hier habe man bereits nachgesteuert, so wird z.B. die Beseitigung von Ölspuren inzwischen grundsätzlich an eine Fremdfirma vergeben, und die Feuerwehreinsätze werden konsequent abgerechnet.

Stadtrat Fritsch merkt an, zu den zahlreichen Einsätzen kämen noch die wöchentlichen Übungen und Lehrgänge – die eigentliche ehrenamtliche Leistung sei also noch größer.

Stadträtin Groesser möchte wissen, warum das Notstromaggregat noch nicht funktioniert.

Der Bürgermeister antwortet, beim ersten Anschließen habe sich ein massiver Fehler in der Elektrik ergeben. Bevor man das Gerät nochmals anschließe, wolle man herausfinden, woran der Fehler gelegen habe, damit es nicht wieder zu Schäden komme. Daher hole man derzeit entsprechende Angebote ein, um dies zu prüfen.

Stadträtin Groesser fragt weiter, ob der Gemeinderat auch nach Beschluss des Feuerwehrbedarfsplans bei den einzelnen Investitionen bzw. Maßnahmen entscheidet und nach Finanzlage vorgehen kann. Dies bejaht der Bürgermeister.

Stadträtin von Reumont führt aus, die CDU hätte sich gewünscht, den Bedarfsplan erst vom neuen Gemeinderat beschließen zu lassen, denn es sei wichtig, dass dieser auf breiter Front getragen werde. Es sei wichtig, die Wehr zu entlasten und gut zu

bewerben. Erschreckend sei, wie viel Fahrzeuge noch in der „Warteschleife“ stehen und wie teuer diese kommen. Man werde noch darüber sprechen, was man sich wann leisten könne. Die CDU habe den 2010er-Feuerwehrbedarfsplan als wesentlich differenzierter empfunden. Man halte die Umfrage aufgrund der geringen Rückmeldungen für nicht solide. Zudem habe im Verlauf der Besprechungen reichlich nachgebessert werden müssen – hier rate sie zu mehr Sorgfalt. Insgesamt sei die CDU überzeugt von den im Feuerwehrbedarfsplan festgelegten Grundsätzen.

Stadtrat Schimpf sieht es nicht so negativ, dass der Plan mit dem alten Gemeinderat verabschiedet werden soll, da hiermit eine Leitlinie eingezogen werde. Jeder Einzelfall käme nochmals vor das Gremium. Möglicherweise seien die neuen Gemeinderäte auch dankbar, wenn sie sich nicht kurzfristig in diese umfangreiche Thematik einarbeiten müssen. Die solide Pflege der Fahrzeuge und Gerätschaften, die man beim „Tag der offenen Tür“ habe sehen können, trage viel zum Werterhalt bei. Die hohen Anschaffungspreise erklären sich dadurch, dass viel spezielle Einbauten nötig sind, so dass jedes Feuerwehrauto sozusagen ein Unikat ist. Zur Unterstützung der Feuerwehr könne auch eine Mitgliedschaft im Förderverein beitragen. Auch dies drücke Wertschätzung aus.

Für Stadtrat Schmitz war es sehr überraschend, dass die Neckargemünder Wehr nahezu jeden 2. Tag zu einem Einsatz ausrücken muss. Der Feuerwehrplan sei gewissermaßen mit „heißer Nadel gestrickt“, da die Genehmigung von ZFeu-Mitteln an die Existenz eines Feuerwehrbedarfsplanes geknüpft sei. Das erkläre auch, warum die Ergebnisse der mit beschämend geringer Beteiligung erstellten Umfrage herangezogen würden. Er hätte es befürwortet, wenn die Kommandanten ihrerseits ihre Informationen bezüglich der Mitglieder dazu beigetragen hätten. Hier wirft der Bürgermeister ein, dass der Datenschutz dies nicht erlaube. – Stadtrat Schmitz betont, er wolle die Notwendigkeit der im Plan aufgeführten Maßnahmen nicht grds. in Abrede stellen. Die Umkleidesituation der Ortsteil-Abteilungen (erst nach Ausfahrt der Fahrzeuge in der Fahrzeughalle selbst) müsse gelöst werden. Man habe oft die Erfahrung gemacht, dass Fahrzeuge länger leben, wenn sie gut gepflegt werden. Die Sicherheit und Einsatzfähigkeit der Feuerwehrleute dürfe nicht in Frage gestellt werden. Wichtig für das Erreichen der Schutzziele sei eine gute Ausstattung, und die weiterhin gute Kooperation der Abteilungen untereinander. Die Frage der einzelnen Anschaffungen sowie die des hauptamtlichen Kommandanten müsse man zu gegebener Zeit im Gemeinderat diskutieren.

Der Bürgermeister entgegnet zum Vorwurf, der Plan werde zu schnell durchgezogen, dass die Verwaltung mit der Fa. Forplan schon seit einem Jahr an dem Plan arbeite, Auch davor habe man verwaltungsintern bereits an einer Fortschreibung gearbeitet. Ebenfalls enttäuscht sei er über die Rückmeldungen zur Umfrage; beim nächsten Bedarfsplan werde man diesbezüglich nachsteuern müssen.

## 2.1: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Fortschreibung des Bedarfsplans der Freiwilligen Feuerwehr gemäß des in der Sitzung vorliegenden Entwurfes .

### 3: Sachstand Umsetzung des Radverkehrskonzeptes

#### 3.1: Sachvortrag:

Die Vorlage des FB 6 – Bauwesen, Tiefbau, Verkehr ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. Herr Seiz erläutert die Vorlage. Er betont, ein großer Bereich der Bahnhofstraße sei noch offen, das dies mit dem Lärmaktionsplan und der Leistungsfähigkeitsprüfung der Knotenpunkte zusammenhängt. Hier würden vom Büro Koehler und Leutwein derzeit Untersuchungen vorgenommen. Zusätzlich habe man eine Verkehrszählung gemacht, auch deren Ergebnisse werde in die weitere Planung eingehen.

#### 3.2: Beratung:

Stadtrat Katzenstein lobt, in der Tabelle sei viel Erfreuliches enthalten. Herr Seiz habe sehr gute Arbeit gemacht. Viele kleine Maßnahmen, wie das Löcherflicken, seien nötig, um den Radfahrern das Vorankommen zu erleichtern. Zudem seien Radfahrer umwegsensitiv, daher sei es wichtig, nach Möglichkeit Einbahnstraßen in beide Richtungen freizugeben. An der Grün-Markierung irritiere, dass auch Maßnahmen, die für die Verwaltung zwar abgeschlossen, da beauftragt, oder nicht genehmigt seien, dennoch als grün markiert wurden. So sei besonders schade, dass etwa die Maßnahmen 47, 48 und 49 im Maßnahmenkatalog zwar abgelehnt, aber grün markiert sind. Er bittet, an den großen Maßnahmen, die weiterhin offen sind, dranzubleiben. Beispielsweise seien die Verbindungen im Wiesenbacher Tal sehr gefährlich – diese sollten prioritär behandelt werden. Erfreulich seien Maßnahmen 18 und 19 an der Eisenbahnbrücke – wann werden diese umgesetzt? Herr Seiz antwortet, am 4. Juni werde damit begonnen.

Hinsichtlich Nr. 9, Neckartalradweg, zeigt sich Stadtrat Katzenstein verwundert, dass er als erledigt markiert ist. Herr Seiz erklärt, der Weg sei privat und gehöre Baron von Warsberg. Man dürfe diesen nicht asphaltieren, habe daher eine hydraulisch gebundene Tragschicht eingebaut. Stadtrat Katzenstein bittet, hier beim Eigentümer nachzuhaken.

Stadtrat Katzenstein fragt weiter, warum Nr. 16 gelb markiert ist. Der Bürgermeister antwortet, diese Maßnahme werde im Rahmen der Altstadtsanierung mitgemacht, wenn Hanfmarkt und Schiffgasse umgebaut werden.

Stadtrat Katzenstein berichtet weiter vom geplanten Radweg-Versuch auf der B 37, dass er seit Monaten auf eine Rückmeldung der Stadt Heidelberg warte. Der zuständige Heidelberger Mitarbeiter habe mitgeteilt, nach den Sommerferien solle es im Landratsamt gemeinsam mit den Bürgermeistern ein Planungstreffen geben.

Ebenso habe der Rhein-Neckar-Kreis die Zusage gegeben, die Bordsteinkante nach der Bushaltestelle, von Dilsberg kommend, ebenfalls noch weiter abzusenken als bisher schon – vor der Bushaltestelle sei der Bordstein schon abgesenkt.

Stadtrat Keller betont, der Radweg an der B 37 sei ihm ein großes Anliegen. Es daure alles immens lange. Zusätzlich bringt er vor, entlang der Kreisstraße von Mückenloch nach Neckarhäuserhof fehlen noch 180 m Radweg. Diese Lücke solle endlich geschlossen werden. Der Bürgermeister antwortet, dies wäre eine Aufgabe des Kreises.

Stadtrat Hertel schlägt vor, im Maßnahmenkatalog eine weitere Markierung für Maßnahmen einzuführen, die städtischerseits erledigt, aber noch nicht umgesetzt oder abgelehnt worden sein. Dies erleichtere den Überblick, wo man noch nach Alternativlösungen suchen oder Druck machen könne.

Stadtrat Dr. Rothe bittet darum, auf der Straße von Dilsberg nach Rainbach hinunterkommend eine Markierung anzubringen, so dass Radfahrer auf dem Gehweg hinter dem Bushäuschen fahren können.

Stadtrat Fritsch berichtet, von Richtung Neckarsteinach kommend die Ziegelhütte hochzufahren sei aufgrund der Steigung schwierig, es habe schon viele Stürze gegeben. Auch ein Problem sei der Treidelpfad von Ziegelhausen kommend. Wenn sich Maßnahmen nicht verwirklichen lassen, liege es oft auch an örtlichen Gegebenheiten oder den Besitzverhältnissen.

Der Bürgermeister schlägt vor, einmal jährlich einen Sachstandsbericht in den Gemeinderat zu bringen, damit die Umsetzung im Fokus bleibt.

3.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt den Sachstand zur Umsetzung des Radverkehrskonzeptes der Stadt Neckargemünd zur Kenntnis. Ein Sachstandsbericht soll einmal jährlich vorgelegt werden.

4: **Antrag der Grünen vom 19.02.2019: Situationsbericht über die städtischen Sportplätze**

4.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 – Öffentlichkeitsarbeit, Gremien ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. Herr Keilhauer verweist auf seine Ausführungen in der Vorlage und ergänzt, es zeige sich seit Jahrzehnten das gleiche Bild: Sorgenkind sei der Elsenzplatz. Dieser habe keine DIN-Aufbau und werde von den Jugendmannschaften stark frequentiert. Wenn die Plätze ausreichend gelüftet werden (dieses könne man vierteljährlich bis monatlich machen) bilde sich kein Rasenfilz. Je häufiger gelüftet werde, desto besser für den Rasen. Grundsätzlich reichen 12 cm Wurzelwachstum bei 3 – 4 cm Grasaufwuchs aus. Eine Besandung alle 2 - 3 Jahre sei sinnvoll. Tiefenlockern müsse man nicht jedes Jahr. Wenn die Vereine die beschriebenen Maßnahmen durchführen, kann man die Plätze in guten Zustand versetzen bzw. erhalten.

4.2: **Beratung:**

Stadtrat Schmitz verweist darauf, in seinem Antrag habe er ausdrücklich auch den Hartplatz erwähnt, da gelegentlich Klagen kommen, der Platz sei nicht funktional. Sportplätze, an denen es Mängel gäbe, müssten wieder in guten Zustand gebracht werden. Wie könne man zu einer grundlegenden Verbesserung der Situation kommen – liege ein Versäumnis der Vereine vor, müsste man die Vereine bei den Pflegemaßnahmen anleiten, oder sei es angeraten, Tiefenlockerungen an Fremdfirmen zu vergeben? Was schlage Herr Keilhauer insbesondere für den Elsenzplatz vor? Diesem

solle man besondere Aufmerksamkeit schenken, da es eine Konkurrenz zwischen den verschiedenen Sportangeboten gebe.

Herr Keilhauer antwortet, die Stadt habe bei Übergabe der Plätze an die Vereine mit diesen abgeklärt, welche Pflegemaßnahmen erforderlich sind. Ihm ist nicht bewusst, wann der Elsenzplatz das letzte Mal gründlich gemacht worden sei; allerdings wisse er, dass - völlig kontraproduktiv - mit einer Walze darüber gefahren worden sei. Wenn man den Platz jedes Jahr tiefenlockere und besande sowie oft lüfte, käme das insgesamt auf 2.500 – 3.000 € pro Platz. Insgesamt seien die meisten Plätze im Untergrund gut durchlässig; bei allen anderen Plätzen als dem Elsenzplatz würde ein zweijähriger Turnus der Tiefenlockerung ausreichen. Der Hartplatz sei in Ordnung und könne bespielt werden. Er sei nicht weich. Fraglich sei nur, ob der Platz noch zeitgemäß ist.

Der Bürgermeister fragt, ob beim Dilsberger und beim Elsenzplatz die dringendsten Probleme gelöst werden könnten, wenn die Stadt eine Summe von 5.000 € für die Vergabe der entsprechenden Maßnahmen zur Verfügung stelle. Dies ginge aber über die vereinbarte Vereinsförderung hinaus. Herr Seiz antwortet, in Summe stehe dieser Betrag im Haushalt zur Verfügung.

Stadtrat Schimpf fragt, ob es für die Pflegenden in den Vereinen eine Art Fortbildung gebe. Im Interesse der Werterhaltung sei es nicht zu viel, 5.000 € aufzuwenden.

Stadtrat Fritsch möchte wissen, ob auch der Dilsberger Platz durch Sauerstofflüftung verbessert werden könne. Dies bejaht Herr Keilhauer und fügt hinzu, hier wäre aber auch Tiefenlockerung angebracht.

Stadträtin Groesser regt an, nicht nur zu überlegen, welche Maßnahmen Verbesserungen für die zwei in schlechtem Zustand befindlichen Plätze bringen können, sondern sich grundsätzlich Gedanken zu machen, wie es mit den Plätzen in Zukunft weitergehen solle. Sie spricht zusätzlich die Problematik der Maulwurfshügel auf dem Elsenzplatz an. Herr Keilhauer erklärt, dass Maulwürfe einwandern, wenn es Rasenfilz gibt, da die Regenwürmer diesen als Lebensgrundlage mögen. Ohne Rasenfilz also auch keine Maulwürfe. Ähnliche Erfahrungen habe man vor 1 – 2 Jahren beim Waldhilsbacher Sportplatz gemacht. Bei den Pflegefehlern, die auf dem Elsenzplatz gemacht wurden, werde es mit einer einzigen Maßnahme nicht getan sein. Die Aufwendungen hierfür seien eigentlich in dem Betrag, den die Vereine bekommen, inkludiert.

Stadtrat KH Streib führt aus, man habe in Dilsberg nichts von der Ortsbesichtigung der Gärtnerei gewusst. Sei das Ergebnis mit dem Platzwart Rudolf Maurer besprochen worden? Hinsichtlich der Fortbildung gäbe es keinen Besseren, er tue alle Mögliche. Nach dem letzten Heimspiel werde es Aufgabe von Herrn Maurer und seinen Helfern sein, den Platz wieder in guten Zustand zu versetzen. Während der Spielsaison gehe das nicht, da der Platz zum Trainieren und zum Spielen genutzt werden müsse. Er sei der Auffassung, dass die Gelder, die die Vereine bekommen, von diesen auch für Pflegemaßnahmen verwendet werden.

Herr Keilhauer erklärt, dass es auch eine Rolle spiele, wie trainiert wird. Die Trainingseinheiten müssten über den Platz verteilt werden, so dass nicht immer an der gleichen Stelle Belastungen auftreten.

Stadtrat Wachert stellt die Frage, wie man den Elsenzplatz am besten in den Griff bekommen könne. Könne die Verwaltung diesbezüglich einen Plan aufstellen und überwachen?

Der Bürgermeister antwortet, man müsse sich diesbezüglich auf die Vereine verlassen.

Stadtrat Ch. Rupp regt ein Gespräch mit den Vereinen an. Man solle mit diesen erörtern, welche Pflegemaßnahmen sie machen. Sollte die Stadt etwas dazugeben, damit die Pflege ordentlich gemacht wird?

Der Bürgermeister schlägt vor, dass Herr Keilhauer innerhalb der nächsten 4 Wochen mit den einzelnen Platzwarten spricht – auch mit denen, bei denen es gut läuft. Sollten Gerätschaften gebraucht werden, empfehle sich ein Antrag bei der Hanna-Weis-Stiftung. Anschließend solle ins Ermessen der Verwaltung gestellt werden, die Vergabe von Pflegemaßnahmen zu veranlassen, sofern sie notwendig sind. Bezüglich eines Kunstrasenplatzes, wie er von den Vereinen gewünscht werde, stehe er in Gesprächen mit der Spielvereinigung. Er würde sich dafür verwenden, dass städtische Mittel für den Bau zur Verfügung gestellt werden, sofern die Vereine, die Jugendabteilungen haben, miteinander kooperieren, statt sich Partner außerhalb zu suchen. Dieses Zusammenwachsen sei auch im Sinne des Stadtleitbildes. Über die Sommerzeit wolle er mit den Vereinen darüber sprechen. Einstweilen laufen im Hintergrund Gespräche – die Spielvereinigung würde es möglicherweise dank Spenden auch alleine schaffen, die Mittel für einen Kunstrasenplatz aufzubringen, aber eine größere, gesamtstädtische Lösung sei zu bevorzugen.

Stadträtin von Reumont befürwortet auch, im Großen zu denken. Man müsse aber beachten, dass die Haltbarkeit eines Kunstrasenplatzes begrenzt sei, die Entsorgung ein Debakel, und die Pflegekosten sehr hoch.

Der Bürgermeister antwortet, er sehe die Planungen für einen Zeithorizont von 15 – 20 Jahren. Die Vereine setzen sich für einen Kunstrasenplatz ein. Allerdings seien seine Überlegungen erst im Vorstadium, das Konzept solle noch verfeinert werden.

#### 4.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis. Übereinstimmend soll Herr Keilhauer innerhalb der nächsten 4 Wochen die Ergebnisse seiner Ortsbegehung und die Pflegeerfordernisse mit den Platzwarten besprechen. Die Verwaltung wird ermächtigt, bei Notwendigkeit Pflegemaßnahmen wie in der Beratung angesprochen zu vergeben.

5: **Antrag der SPD vom 27.02.2019: Detaillierter Straßenzustandsbericht aller Neckargemünder Ortsstraßen und Gehwege**

5.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 – Öffentlichkeitsarbeit, Gremien ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. Stadtrat Bergsträsser erläutert die Intention des Antrags. Die SPD habe diesen nicht nur im Zusammenhang mit der Kommunalwahl gestellt, sondern weil der Straßenzustand in der Bevölkerung öfters angesprochen wird und der Gemeinderat schon lange einen Bericht darüber gefordert, aber noch keine Infos bekommen habe.

5.2: **Beratung:**

Stadtrat Hertel ergänzt dazu, es gäbe inzwischen technische Systeme, die bei einer solchen Ermittlung helfen können – etwa Aufnahme und Analyse der Straßen über eine Kehrmaschine. So etwas gäbe es z.B. in Schönau und bei mehreren anderen Gemeinden – evtl. könnte die Verwaltung deren Erfahrungen abfragen.

Herr Seiz antwortet, vor drei Jahren sei bereits mit einem ähnlichen Fahrzeug wie dem von „Google“ eingesetzten eine Straßenbefahrung gemacht worden. Allerdings sei die Witterung problematisch gewesen (teilweise noch Schnee gelegen), und Autos hätten vielfach am Rand geparkt. Mit der Befahrung allein sei es jedoch nicht getan, man müsse die Informationen auch auswerten. Neben der Oberfläche selbst müssen auch Risshäufigkeit, Absenkung, kaputte Bordsteine, Flickstellen, defekte Sinkkästen usw. auf einer Skala von 1 – 6 beurteilt werden. Einmal gemacht, habe eine solche Bewertung auch nur wenige Jahre Gültigkeit, dann müsse man den Zustand erneut begutachten. Neben finanziellen Mitteln werden auch personelle Ressourcen benötigt. Eine Zustandserfassung und Auswertung koste rund 50.000 – 100.000 €.

Der Bürgermeister betont, der erschreckend schlechte Zustand der Straßen werde in den nächsten Jahren deutschlandweit ein Thema sein. Entsprechende Daten für Neckargemünd liegen im Rathaus vor. Die Verwaltung reagiere auch stets schnell, wenn es gelte, sich bei einer Maßnahme einer anderen Organisation (z.B. Stadtwerke) zu beteiligen, um Synergieeffekte auszunutzen.

Stadtrat Hertel möchte die Straßensanierung nicht nur als Gesamtpaket sehen. Es gebe auch neu gemachte Straßen, bei denen man darauf achten müsse, dass sie in gutem Zustand bleiben, also durch regelmäßige Befahrung kleine Schäden erfassen und in Ordnung bringen, bevor große Schäden drohen. Hier könne eine Prioritätenplanung helfen.

Stadtrat Katzenstein spricht sich auch für eine fundierte Liste der Oberflächenschäden und Planung für die nächsten Jahre aus. Er kann sich nicht vorstellen, ein solches Gerät anzuschaffen und schlägt vor, in Heidelberg oder Schönau nach Leihmöglichkeiten zu fragen.

Der Bürgermeister gibt zu bedenken, dass es „die Straße“ in gleichartigem Zustand von vorne bis hinten eigentlich nicht gibt. Man könne eine Straße eigentlich nur abschnittsweise beurteilen. Es sei durchaus sinnvoll, die neuen Straßen in gutem Schuss

zu halten, allerdings werden voraussichtlich die Klagen lauter, wenn die Aufmerksamkeit vor allem den ohnehin guten Straßen gilt. In der nächsten Haushaltsplanung werde man sich Gedanken machen müssen, wie man mehr Geld für die Straßensanierung zur Verfügung stellen könne.

Stadtrat Bergsträsser stellt sich vor, etwas Ähnliches wie den Feuerwehrbedarfsplan aufzustellen, eine kleinteilige Planung. Die Stadt saniere zwar gegenwärtig, aber zu wenig.

Stadtrat Keller erinnert daran, dass es vor 6 -7 Jahren schon einmal auf der Strecke Mühlrain durch den Wald eine Oberflächenteerung gegeben habe, die nicht so teuer gekommen sei. Herr Seiz stimmt zu, man habe eine dünne Schicht Kaltasphalt aufgebracht. Ähnliches habe man im letzten Jahr auch bei einigen Straßen gemacht; dieses Verfahren konserviere die Straße etwas. Allerdings halte der DSK-Belag keine 50 Jahre, sei aber nicht so teuer wie eine Generalsanierung. Auch in diesem Jahr wolle man bei 2 – 3 Straßen so vorgehen.

5.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis. Übereinstimmend ist der Gemeinderat der Auffassung, dass für die Straßensanierung mehr Geld in die Hand genommen werden solle. Die Thematik soll in die nächsten Haushaltsberatungen mitgenommen werden. Die Verwaltung solle versuchen, eine Prioritätenliste zu erstellen.

6: **Antrag der SPD vom 27.02.2019: Übernahme der Aufgabe „Untere Verkehrsbehörde“**

6.1.: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 – Öffentlichkeitsarbeit, Gremien ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. Der Bürgermeister betont, das Thema sei ihm ein wichtiges Anliegen, schon seit seiner Zeit als Stadtrat. Er führt anhand eines Kalkulationsbeispiels die Kosten der gegenwärtigen Situation im Vergleich zum Vorhandensein einer Unteren Verkehrsbehörde bei der Stadt Neckargemünd vor. Demnach stehen gegenwärtig im Bereich Verkehrswesen einem Aufwand für Personal und Gerätschaften nur verhältnismäßig geringe Einnahmen gegenüber, so dass ein ungedeckter Aufwand von rund 88.000 € / Jahr entsteht. Dem gegenüber könnte man in der Größenordnung von Neckargemünd, wenn man die Aufgabe als Untere Verwaltungsbehörde übernimmt (die Aufgabe kann man übernehmen, sofern eigenes Personal da ist – für Neckargemünder Größenordnung würde das eine Stelle im höheren, eine im gehobenen und eine Stelle im mittleren Dienst bedeuten), zwar Mehrerträge generieren (durch Überleitungen aus Owi-Verfahren und Blitzertätigkeit allerdings nur auf Ortsstraßen, und Gebühren für verkehrsrechtliche Anordnungen), käme in der Gegenüberstellung aber auf eine Verschlechterung des ungedeckten Aufwands in Höhe von rund 171.000 €. Wenn die Stadt selbst für die verkehrsrechtlichen Anordnungen zu-

ständig ist, muss sie sich jedoch ebenso ans Gesetz halten wie derzeit das Landratsamt, was ggf. viel Ärger mit der Bürgerschaft mit sich bringt. Insgesamt werde die Frage den Gemeinderat noch beschäftigen müssen.

6.2: **Beratung:**

Stadtrat Bergsträsser weiß von den häufigen Gesprächen mit der Bürgerschaft bezüglich verkehrsrechtlicher Angelegenheiten. In Anbetracht der finanziellen Auswirkungen müsse man die Aufgabenübernahme eigentlich ablehnen, sollte das aber in einer der nächsten Gemeinderatssitzungen thematisieren.

Der Bürgermeister führt aus, momentan sähe er es aufgrund der finanziellen Auswirkungen nicht als dringend an, etwas zu entscheiden – hiervon könne er gegenwärtig nur abraten, angesichts der Haushaltssituation. In einem Zeithorizont von ca. 3 Jahren könne man die Angelegenheit erneut prüfen. Man solle es insgesamt dem neuen Gemeinderat überlassen, in der Sache nochmals zu entscheiden.

Stadtrat Katzenstein ergänzt, er ärgere sich immer wieder über die untere Verwaltungsbehörde – diese könnte progressiver sein – angesichts der Zahlen teile er die Einschätzung, dass die Übernahme der Aufgabe innerhalb der nächsten Jahre nicht machbar sein werde.

Stadtrat Fritsch rät dazu, die Verwaltung nicht mit immer neuen Aufgaben zu betrauen, sondern zunächst die angefangenen Dinge abarbeiten zu lassen.

Stadtrat Berroth wirft ein, man könne nicht beziffern, welchen Aufwand die ständige Abstimmung und Vermittlung zwischen Landratsamt und Gemeinderat bedeutet.

Stadtrat Schmitz überlegt, ob die Stadt das erforderliche Personal überhaupt bekommen würde. Zusätzlich spricht er die Frage an, ob die Stadt sich auch mit dem Thema Übernahme der Aufgabe „untere Baurechtsbehörde“ beschäftigen wolle. Der Bürgermeister führt aus, hieran werde noch nicht konkret gearbeitet, das Konfliktpotenzial stelle sich aber rechtlich noch heftiger dar. Jetzt könne (und müsse) man bei der Beurteilung von Bauvorhaben nachbarschaftliche Belange außen vor lassen – wenn man untere Baurechtsbehörde sei, nicht mehr. Möglicherweise wäre das nicht in jedem Fall sinnvoll.

6.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis. Die Verwaltung wird beauftragt, das Thema im Herbst erneut, dann zur Beschlussfassung, auf die Tagesordnung des Gemeinderats zu setzen.

7: **Antrag der SPD vom 18.04.2019: Nutzung des Schulhofs der Grundschule Neckarmünd als Spielplatz**

7.1.: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 – Öffentlichkeitsarbeit, Gremien ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt. Stadtrat Schimpf begründet den Antrag. Die E-Mail-Zusage des Bürgermeisters, die Beschwerdeführer würden nicht schlechter gestellt als früher, sieht die SPD als Verwaltungsakt. Der Antrag zielt darauf, die ursprünglich zwischen dem ehemaligen Bürgermeister Althoff und den Beschwerdeführern getroffene Vereinbarung unter Berücksichtigung der Zusage wieder herzustellen. Das gegenwärtig aufgestellte Schild stelle diesen Zustand nicht wieder her.

7.2.: **Beratung:**

Der Bürgermeister führt aus, als er die angesprochene E-Mail verfasst habe, sei er erstens nicht in Kenntnis der alten Vereinbarung gewesen und habe zudem nicht damit gerechnet, dass in der Gemeinderatssitzung ein Antrag auf Sonntagsnutzung vorgebracht werde. Rein zeitlich gebe es derzeit schon eine verringerte Nutzung des Platzes, aber die Belastung an Schultagen lasse sich nicht wegleugnen. Daher habe er sich damals „aus dem Fenster gelehnt“. Man könne seine Aussage als Verwaltungsakt werten, allerdings sei der Gemeinderat der Souverän, nicht der Bürgermeister. Er müsse sich den Entscheidungen des Gemeinderates beugen. Bezüglich des Schildes: als der zuständige Sachbearbeiter ihn gefragt habe, was nach der letzten Behandlung des TOPs im Gemeinderat veranlasst werden solle, hatte er zunächst im Interesse einer salomonischen Kompromiss-Lösung das inzwischen angebrachte Schild angeordnet. Dieses komme den Beschwerdeführern hinsichtlich der Sonntags-Schließung schon entgegen. Genau genommen sei die Rechtslage, dass ein Gemeinderatsbeschluss vorliegt, nach dem der Schulhof Samstag und Sonntag offen sein soll. Aus dem Gemeinderat sei der Antrag gekommen, die Thematik erneut aufzugreifen. Dies sei rechtskonform, da der Gemeinderat einen einmal getroffenen Beschluss erst nach 6 Monaten erneut aufgreifen kann. Während der Unterrichtszeiten hat die Schule das Recht zu entscheiden, was bereits geschehen sei. Herr Obermayer möchte keine Öffnung des Schulhofs in der Unterrichtszeit. Was allerdings außerhalb der Schulzeiten passiere, darüber könne die Gemeinde befinden. Das frühere „Korrektiv“, ein in der Schule ansässiger Hausmeister, der Lärm unterbunden habe, gäbe es nicht mehr.

Stadtrat Berroth erklärt, der SPD gehe es darum, dass der Bürgermeister zunächst das Gespräch mit den Beschwerdeführern suchen soll, mit denen eine Vereinbarung besteht. Erst in einem zweiten Schritt solle der Gemeinderat damit befasst werden.

Stadtrat Ch. Rupp fasst zusammen, im Gemeinderat seien grds. alle einig, dass, hätte man von einer Vereinbarung gewusst, der Gemeinderat wohl anders entschieden hätte. Man müsse allerdings trennen, was zwischen den Anwohnern und dem Bürgermeister passiert sei, und einer grundsätzlichen Regelung, wobei hierbei ein Ausgleich zu finden sei zwischen der Lärmbelästigung für die Anwohner und der nicht vorhandenen Möglichkeit für die Weststädter Kinder, auf einem Spielplatz spielen zu können. Auftrag der Stadt sei es, einen Ort zu finden, wo die Kinder in der Weststadt spielen können; hierfür sei zunächst ein geeigneter Standort zur Herstellung des Spielplatzes zu finden (in Frage käme z.B. auch ein Waldspielplatz, wie am Mühlrain). Kurzfristig gäbe es keine Spielplatzmöglichkeit für die Weststadtkinder, mittel- oder langfristig müsse ein Spielplatz hergestellt werden. Der Schulhof sei kein klassischer

Spielplatz. Das Fairnessgebot gebiete, dass am Sonntag Ruhe auf dem Schulhof herrschen solle, möglicherweise auch am Samstag. Er stellt für die CDU den Antrag, dass die Verwaltung Geld für den Spielplatzbau bereit stellen solle.

Stadtrat Hertel ist die genannte Trennung ebenfalls wichtig. Der Gemeinderat habe damals seine Entscheidung in Unkenntnis der Vereinbarung mit dem Ziel getroffen, dass die Kinder so viel wie möglich Spielgelegenheiten draußen haben sollten. Zu bedenken sei in diesem Zusammenhang auch die Vertrauenswürdigkeit des Gemeinderats gegenüber der Bevölkerung. Also: in einem ersten Schritt schauen, ob die Vereinbarung geändert werden kann, und zusätzlich eine bessere Lösung für die Weststadt-Kinder finden.

Stadtrat Fritsch erinnert daran, dass es nicht nur ums Spielen geht, sondern auch darum, dass die Kinder oft Bälle über die Zäune schießen und dann in den Privatgärten nach den Bällen suchen. Samstag und Sonntag sollte man seines Erachtens den Anwohnern Ruhe einräumen. Die Verwaltung solle im Sinne des Wohles der Nachbarn und der Kinder handeln.

Stadtrat Katzenstein stellt fest, die Vereinbarung zwischen Herrn Althoff und den Anwohnern sei seinerzeit ohne Mitwirkung des Gemeinderats getroffen worden. Das derzeitige Schild passe nicht zu dem gültigen Beschluss vom letzten November. Die Verwaltung sei angehalten, bis zum Ergebnis eines Dialogverfahrens über ein neues Schild den gültigen Beschluss umzusetzen.

Stadträtin Streib erklärt, der Schulhof sei vor allem für ältere Kinder bzw. Jugendliche ein geeigneter Spielplatz. Diese brauchen eher Ballspielmöglichkeiten als z. B. Sandkasten und Rutsche. Ihre Intention bei Antragstellung sei gewesen, möglichst viele Kinder nach draußen zu bekommen. Von daher sei es wichtig, den Schulhof zu öffnen, ggf. über eine Kompromisslösung den Anwohnern entgegenzukommen (etwa längere Mittagspause, Sonntag und Feiertag Spielen zu verbieten). Interessant zu wissen wäre, wie die Zeitregelungen auf anderen Spielplätzen sind.

Stadträtin von Reumont wünscht sich, die Bürger müssten davon entlastet werden, die Jugendlichen ansprechen und für Ruhe sorgen zu müssen. Die Stadt solle, evtl. über den GVD, eine Lösung finden, so dass die Bürger mit dem Lärmproblem nicht allein gelassen werden.

Der Bürgermeister sieht keine Möglichkeit, alle Spielplätze von 8 – 22 Uhr lückenlos zu kontrollieren.

Stadtrat Berroth berichtet, auch auf dem Dilsberg habe man durch den Bolzplatz eine ähnliche Situation geschaffen, bei der es ständige Lärmstörungen für die Nachbarn gibt. Grds. müsse man überlegen, was man zulasse.

Stadtrat Schimpf warnt, dass die zwei Tore auf dem Schulhof Aufforderungscharakter hätten. Hier antwortet der Bürgermeister, die Tore befänden sich auf dem Hortgelände und seien eingezäunt. Zum Thema Alternativlösungen berichtet er, er habe vor dem Hintergrund der fehlenden Spielmöglichkeiten in der Weststadt bereits mit dem

SBBZ Luise von Baden wegen einer Nutzung des dortigen Sportgeländes gesprochen, ebenso mit der SRH, aber in beiden Einrichtungen sehe man sich nicht in der Lage, das Gelände zu öffnen.

Stadtrat Fritsch schlägt als Standort die beiden Tennisplätze des ehemaligen Küm-melbacher Hof vor.

Stadtrat Ch. Rupp führt aus, jetzt komme zur Sprache, was in den letzten Jahren in der Weststadt versäumt worden sei. Man müsse ohnehin etwas für die Jugend machen. Es sei für ihn eine Herzensangelegenheit, etwas für die Weststadtkinder zu tun, und auch die Problematik, dass es wenig Angebote für ältere Kinder und Jugendliche gibt.

Stadtrat KH Streib interessiert, wie die Frequenz der Jugendlichen am Wochenende auf dem Schulhof ist.

Der Bürgermeister fasst die Diskussionsergebnisse zusammen :

- Unabhängig von allem anderen will er kurzfristig das Gespräch mit Familie Dahme-Bauer und den anderen Anwohnern suchen.
- Grundsätzlich müssen Spielmöglichkeiten für Jugendliche in der Weststadt gefunden werden. Die Verwaltung sollte beauftragt werden, alle räumlichen Möglichkeiten zu untersuchen, wo man so etwas in für Kinder noch erreichbarem Radius schaffen könne.
- Es muss geklärt werden, wie man aktuell mit dem noch gültigen Gemeinderatsbeschluss zum Schulhofschild umgehen solle. Grundsätzlich ist der Gemeinderat der Souverän. Allerdings dürfe das Thema, sobald ein Beschluss getroffen werde, erst wieder in ½ Jahr aufgegriffen werden. Dies gilt, wenn gleichermaßen, man den im November getroffenen Beschluss bestätigen, oder auch, wenn man ihn ändern wolle. Mit dem Ergebnis eines Beschlusses müsse man also ein halbes Jahr leben.

Stadtrat Katzenstein erklärt, man könne gut mit dem Kompromiss leben, sonntags und feiertags möglicherweise nur nachmittags das Spielen auf dem Schulhof zu erlauben.

Stadtrat Berroth spricht sich dafür aus, erst dann einen Beschluss zu fassen, sobald mit den Beschwerdeführern gesprochen worden sei. Das entspricht einer Vertagung des TOPs, mit der Konsequenz, dass der weitestgehende Öffnungsbeschluss weiterhin gilt.

### 7.3.: **Beschluss:**

Der Bürgermeister wird beauftragt, zunächst innerhalb der nächsten 4 Wochen zu einem „Runden Tisch“ mit Familie Dahme-Bauer und den anderen Beschwerdeführern einzuladen und zu sehen, ob eine gütliche Einigung möglich ist.

Der Beschluss über die künftige Öffnung des Schulhofs der Grundschule sowie ggf. ein neues Schild wird bis nach diesem Gespräch vertagt. Wünschenswert ist eine

rechtzeitige Erledigung, so dass das Thema erneut auf die Tagesordnung der Sitzung am 2. Juli gesetzt werden kann. Das Schild soll bis dahin stehen bleiben.

## 8.: Durchführung eines Fußverkehrschecks

### 8.1.: Sachvortrag:

Die Vorlage des FB 6 – Bauwesen, Tiefbau, Verkehr ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt. Herr Seiz erläutert die Vorlage. Die Verwaltung hatte zwei möglichst lange Routen, die auch Schulwege umfassen, ausgesucht, alles gut begründet und fristgerecht eingereicht. Der Bürgermeister ergänzt die Routenführung: einmal vom SBBZ Louise von Baden über den Bahnhof, die große Kreuzung bis zum Neckarlauer. Die andere Strecke: vom Neckarlauer bis zur SRH. Hiermit hatte man sich auch ein Alleinstellungsmerkmal und bessere Chancen durch die besondere Verantwortung der Stadt für behinderte Menschen versprochen.

### 8.2.: Beratung:

Stadtrat Katzenstein berichtet von einem Besuch von Aktivisten der „Fridays For Future“-Bewegung im Landtag. Die Jugendlichen mit sehr guten Fachkenntnissen hätten sogar die Grünen scharf kritisiert, alles gehe zu langsam, und Druck gemacht. Es gehe um ihre Zukunft und die ihrer Kinder. Wenn man die Pariser Klimaziele noch erreichen wolle, müsse man bis 2030 die Anzahl der ÖPNV-Nutzer verdoppeln. Für den Radverkehr werde schon vieles getan, die Bemühungen für den Fußverkehr seien noch ausbaufähig. Er bittet darum, dass Geld bereitgestellt und ein entsprechendes Planungsbüro beauftragt wird.

Stadtrat Dr. Rothe möchte wissen, ob die in den Haushalt eingestellten 15.000 € für die Begutachtung der beiden ausgesuchten Routen reichen würde, oder man Abstriche machen müsste.

Der Bürgermeister schlägt vor, die Verwaltung solle ein Vorgespräch führen und ein Angebot einholen, was für 15.000 € machbar ist, und die Routen entsprechend einplanen.

Stadtrat Katzenstein wirft ein, die Länge der Route sei nicht preisentscheidend. Er betont, dass die Checks aus eigener Erfahrung sehr sinnvoll sind – er habe einige selbst miterlebt. Entsprechendes Interesse und Bedarf sei da.

Stadtrat Schimpf zeigt sich skeptisch, was eine weitere Untersuchung angeht. In der Stadt gebe es einen AK Barrierefreiheit – es gebe doch gewisse Maßnahmen, die der Arbeitskreis vorschlage, für die man die 15.000 € verwenden könnte und man gleich etwas davon sieht.

Stadtrat Hertel spricht sich dafür aus, zuerst ein Angebot einzuholen. Man solle darauf achten, an möglichst vielen Straßen dort, wo es möglich ist, mit kleinen Maßnahmen viel zu bewirken.

Stadtrat Ch Rupp gibt der Praxis Vorrang vor der Theorie. Statt ein neues Angebot einzuholen, sollten zunächst die Sachen aufgearbeitet werden, die bekannt seien.

Stadtrat Bergsträsser erinnert, er habe sich schon bei der Frage der Bewerbung gegen den Fußverkehrscheck ausgesprochen, und werde auch weiterhin dagegen stimmen, da es Geld kostet.

8.3.: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt mehrheitlich, bei 3 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen, die Verwaltung zu beauftragen, ein Vorgespräch mit Beratern für Fußverkehrschecks zu führen und ein entsprechendes Angebot einzuholen. Im Anschluss daran soll das Thema erneut zur Beschlussfassung auf die Tagesordnung des Gemeinderats gestellt werden.

9.: **Mitteilungen und Anfragen**

9.1 **Vortrag über Wiesenpflege**

Stadtrat Wachert regt an, Herrn Ernst Rieger-Hoffman zu einem Vortrag bezüglich des Wiesenmähens einzuladen. Der Bürgermeister entgegnet, so etwas habe bereits einmal stattgefunden, mit kaum Resonanz in der Bevölkerung.

Der Bürgermeister

Die Urkundspersonen  
Stadtrat KH Streib

Die Schriftführerin

Stadtrat Schmitz